

ZUKUNFTSKONFERENZ ALS CHANCE? |

## An ever closer Union? – Chancen und Risiken einer zukunftsfähigen EU

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas, dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte und dem finanziellen Stimulus von Next Generation EU bringt die Europäische Union (EU) in diesem Jahr gleich drei große Projekte für den Umbau der Gemeinschaft an den Start. Kritik am derzeitigen Zustand der EU regt sich allenthalben. Einerseits wollen Euroskeptiker die Höherrangigkeit des europäischen über das nationale Recht nicht anerkennen, was an den Grundfesten des gemeinschaftlichen Zusammenhalts sägt. Andererseits wird von EU-Befürwortern angesichts defizitärer europäischer Problemlösungsfähigkeit mehr gemeinschaftliches Handeln und damit mehr Europäisierung von Politiken gefordert. Ist die Krise der EU auch Chance für einen erfolgreichen zukunftsfähigen Umbau?

• Von Patricia Bauer

In Artikel 1 des Vertrages über die Europäische Union von 1992 wird die „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ als Ziel der Gemeinschaft benannt. Die Bilanz dieser immer engeren Union fällt gemischt aus: Einerseits wurden seit den Gründungstagen der EWG im Jahr 1957 die Lebensbedingungen für die Bürger verbessert, der Wohlstand in allen Mitgliedstaaten vergrößert und der Frieden auf dem europäischen Kontinent gesichert. Andererseits bietet sich der Beobachterin bei der Lösung aktueller politischer und wirtschaftlicher Probleme wie der gemeinsamen Bewältigung der Covid-19-Pandemie, einer gemeinsamen Migrations-, Außen- und Sicherheitspolitik oder gemeinsamer Maßnahmen zur Dämpfung der hohen Energiepreise ein Bild der Stagnation und Uneinigkeit.



Foto: Adobe Stock/rustamank

Beim AK-Bürgerdialog im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas soll es unter anderem darum gehen, welche Chancen das Saarland durch Europa hat.

Vorläufiger Höhepunkt sind die Einlassungen des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, der in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 19. Oktober 2021 die Höherrangigkeit europäischen Rechts als „Erpressung“ titulierte.<sup>1</sup> Diese Haltung zur Europäischen Union verneint den Kern des Integrationsprojektes: das Recht. Das Recht ist der Kitt der EU, denn alle Mitglieder müssen es anerkennen und umsetzen, um eine verlässliche Basis für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zu gewährleisten.<sup>2</sup> Eine Haltung, die dies zur Seite schiebt, verlässt den gemeinsamen Boden aller Mitglieder und zweifelt die Fundamente der Gemeinschaft an. Dennoch sei nicht in Abrede gestellt, dass die Problemlösungsfähigkeit der EU schon deshalb verbessert werden muss, um künftig die notwendige Legitimität gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern herzustellen.

### Breite Debatte zur Problembewältigung

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas, die am 9. Mai 2021 eröffnet wurde, setzt die EU nun auf eine breite Debatte, um ihre Probleme zu bewältigen. Bis 2022

werden die Zukunft der europäischen Demokratie und die Weiterentwicklung der europäischen Integration in Bürgerdialogen und in einem politischen Gremium erörtert und konkretisiert.<sup>3</sup> Unter dem Motto „Aufbau eines resilienten Europas“<sup>4</sup> finden Veranstaltungen in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, nationalen und regionalen Parlamenten, Interessengruppen, Sozialpartnern und Wissenschaft statt, die auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger der EU einfangen sollen.

Die Bürgerdialoge sollen das politische Gremium der Konferenz mit Themen und Ideen zur Weiterentwicklung der europäischen Integration speisen. Aus diesem Bottom-up-Prozess sollen dann Antworten auf die Fragen des ökologischen und digitalen Wandels, des institutionellen Aufbaus, der Ausgestaltung von Politiken und auch der Widerstandsfähigkeit Europas entwickelt werden. Im Bereich „stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ geht es um einen europäischen Sozialvertrag, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, aber auch die Bekämp-

fung von Ungleichheiten. Insgesamt sollen Bedingungen einer fairen, nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft herausgearbeitet werden.<sup>5</sup>

Im Bereich Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung geht es dabei um Reformen der großen Projekte der EU: des Binnenmarktes und des Euro. Zweifellos haben beide für Bürger und Wirtschaft erhebliche positive Wirkungen entfaltet. Jüngere Krisen wie Weltwirtschaftskrise, Brexit und Covid-19-Pandemie zeigen aber auch die Webfehler und Lücken dieser europapolitischen Großprojekte.

**Binnenmarkt ohne soziale und steuerliche Regulierung**

Mit dem Binnenmarkt wurden Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie freier Handel von Waren, Dienstleistungen und Kapital ermöglicht. Diese umfassende Liberalisierung und Deregulierung wurde aber nicht von entsprechenden Regelungen hinsichtlich einer sozialen und fairen Gesellschafts- und Wirtschaftsweise begleitet.<sup>6</sup> So öffnen sich Lücken für Ausbeutungsverhältnisse durch Scheinselbstständigkeit und Unterschreitung des Mindestlohns. Arbeitnehmerrechte sind großenteils national geregelt<sup>7</sup> und können so auch verschiedenen nationalen Standards genügen. Wo europaweit einheitliche Regelungen bestehen, werden sie aber oft nicht durchgesetzt. Dabei ist eine sozialstaatliche Ausgestaltung des Binnenmarktes dringend notwendig, schon um eine Abwärtsspirale durch die Lücken in den Regelungen für mobile Arbeitskräfte europaweit zu verhindern. Die begrenzten Kompetenzen der EU in der Steuerpolitik haben durch die Liberalisierungen des Binnenmarktes zu Steuerhinterziehung und Steuervermeidung – teilweise im großen Stil – geführt.<sup>8</sup> Eine Harmonisierung des europäischen Steuersystems liegt angesichts des Einstimmigkeitserfordernisses im Ministerrat in weiter Ferne, was Steuerkriminelle in Europa weiter ermutigen dürfte.

Während also auf dem Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte durch die vielfältigen Möglichkeiten der Umgehung nationaler Regelungen mehr und mehr unter Druck geraten, eröffnet er Unternehmen zahlreiche Schlupflöcher für Steuervermeidung und -hinterziehung. Diese Schlagseite des Binnenmarktes steigert die Möglichkeiten, nationale Sozialstaaten und Arbeitnehmerrechte auszuhöheln. Durch die fehlende Steuerharmonisierung werden der öffentlichen Hand auch die für sozialstaatliche Maßnahmen erforderlichen Gelder entzogen – was insbesondere in weniger wohlhabenden

Europäische Säule sozialer Rechte		
Kapitel I Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt	Kapitel II Faire Arbeitsbedingungen	Kapitel III Sozialschutz und Inklusion
1. Allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen	5. Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung	11. Betreuung und Unterstützung von Kindern
2. Gleichstellung der Geschlechter	6. Löhne und Gehälter	12. Sozialschutz
3. Chancengleichheit	7. Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz	13. Leistungen bei Arbeitslosigkeit
4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung	8. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten	14. Mindesteinkommen
	9. Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben	15. Alterseinkünfte und Ruhegehälter
	10. Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz	16. Gesundheitsvorsorge
		17. Inklusion von Menschen mit Behinderungen
		18. Langzeitpflege
		19. Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose
		20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen

Quelle: Webseite der Europäischen Union, eigene Gestaltung

Staaten staatliche Spielräume einengt. Mittlerweile häufen sich die Bemühungen auf EU-Ebene, diesen Konstruktionsfehler des Binnenmarktes wenn nicht zu beseitigen, so doch abzuschwächen

**Sozialgipfel von Porto 2021: Leuchtturm für ein sozialeres Europa?**

Eine wichtige Initiative für mehr soziales Europa ging vom Sozialgipfel am 7./8. Mai 2021 in Porto aus: Die Staats- und Regierungschefs der EU haben mit der Erklärung von Porto den Aktionsplan zur Umsetzung der bereits 2017 geschaffenen Säule der sozialen Rechte in der EU verabschiedet. Neben der Reform der Entsenderichtlinie 2018 und der Gründung der EU-Arbeitsbehörde in Bratislava 2019 stellt der Aktionsplan einen wichtigen Schritt zur Intensivierung der Bemühungen um mehr Gleichbehandlung von rund 20 Millionen mobilen Beschäftigten in der EU dar. Mit dem Aktionsplan werden nun auch klare Zielsetzungen und Schritte zur Umsetzung bis 2030 festgelegt. Die drei Kernziele lauten:

- Die Beschäftigungsquote soll von derzeit 72 Prozent auf mindestens 78 Prozent bis 2030 steigen.
- Gleichzeitig sollen bis zum Jahr 2030 mindestens 60 Prozent der Erwachsenen jährlich an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Im Jahr 2016 waren es lediglich 37 Prozent.
- Schließlich soll die Zahl der von sozialer Ausgrenzung und Armut bedrohten Personen von derzeit circa 91 Millionen Menschen um mindestens 15 Millionen bis 2030 sinken.<sup>9</sup>

Die Säule der sozialen Rechte besteht aus 20 Zielsetzungen, deren Umsetzung zu einem faireren europäischen Arbeitsmarkt und starken Sozialsystemen in der gesamten EU führen sollen (*siehe die Tabelle oben*). Neben den für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tagtäglich wichtigen Regeln zu Beschäftigung und Mitbestimmung werden insbesondere die Weiterqualifizierung und die Armutsbekämpfung als wichtige Pfeiler für ein soziales Europa verankert. Zudem wird die Säule der sozialen Rechte mit den Anforderungen des grünen und digitalen Wandels der Wirtschaft und Arbeitswelt in Verbindung gebracht. Den daraus resultierenden Risiken für Arbeitsplätze soll durch Weiterqualifizierung und die Befähigung zum Beschäftigungsübergang, gestärkte Arbeitnehmerrechte in der Digitalisierung und die Stärkung der Sozial-, Gesundheits- und Arbeitssicherungssysteme begegnet werden.<sup>10</sup>

Mit der Vorlage des Aktionsplanes werden konkrete Maßnahmen sowie Zeithorizonte zur Umsetzung der Ziele benannt.<sup>11</sup> Zwar sind damit für den Aufbau eines sozialen Europa erste Weichenstellungen geschaffen worden, der Aktionsplan selbst besteht aber zu großen Teilen aus Empfehlungen und Initiativen, deren Rechtscharakter nicht verbindlich ist. Die großteils nationalen Kompetenzen im Arbeits- und Sozialrecht eröffnen somit den Mitgliedstaaten Möglichkeiten, diese Empfehlungen aufzugreifen oder nicht. Andererseits könnte dieser Ansatz über das „soft law“ (also nicht verbindliche Leitlinien) mittel- und langfristige *best practices* etablieren, die effektiver sind als

EU-weit umzusetzende Richtlinien. Der Streit über die Ende 2020 vorgelegte Mindestlohnrichtlinie<sup>12</sup> verdeutlicht, wie vielfältig die Konfliktlinien innerhalb der EU verlaufen und wie schwierig eine Einigung selbst über an nationalen Richtwerten ausgerichtete Mindestlohnstandards in der EU ist.<sup>13</sup> Demgegenüber könnte mit den Indikatoren des Social Scoreboard eine Aufwärtsspirale in den nationalen Sozialstaatssystemen angestoßen werden, wenn diese Gleichwertigkeit neben den im europäischen Semester verwendeten wirtschaftlichen Indikatoren hätten. Zudem sollten auch Indikatoren für die Tarifabdeckung und -bindung innerhalb der Mitgliedstaaten in das Social Scoreboard eingearbeitet werden.

### Euro ohne Finanzpolitik

Der Euro wurde ohne eine gemeinsame Finanzpolitik eingeführt. Nach deutschen Vorstellungen sollte eine strikt stabilitätsorientierte gemeinsame Geldpolitik mit Hilfe des Stabilitätspaktes für einen stabilen Euro sorgen.<sup>14</sup> Der Stabilitätspakt fordert strikte Budgetdisziplin von allen Euro-Mitgliedern. Die Euro-Volkswirtschaften waren in sehr unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen, und die Krisenstaaten mussten zur Stützung der Binnenwirtschaft gegen den Stabilitätspakt verstoßen, um die Wirkungen auf die Bevölkerung abzumildern. Ansonsten hätten die betroffenen Staaten Teile des öffentlichen Sektors einfrieren müssen. Der Stabilitätspakt, faktisch eine Schuldenbremse auf europäischem Niveau, erwies sich als ungeeignete Regel für die Krisenbewältigung. Da die wohlhaben-

deren Euro-Länder aber eine Solidarisierung mit den ärmeren Euro-Staaten in der Krise und bis heute wie die selbsterklärten „Sparsamen Vier“ (Niederlande, Dänemark, Österreich und Schweden) ablehnen, fehlten gemeinsame europäische Instrumente, wie eine gemeinsame Finanzplanung und Krisenbewältigungsfazilitäten. Der schnelle Übergang von Krisenhilfe zu Austeritätspolitik hat die wirtschaftliche Erholung der südeuropäischen Länder im vergangenen Jahrzehnt ausgebremst und im Ergebnis eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in den krisengebeutelten Euro-Volkswirtschaften herbeigeführt.<sup>15</sup> Die mangelnde fiskalpolitische Ausstattung des Euro hat deshalb letztlich zu einer Schwächung des gemeinsamen Marktes geführt.

### Next Generation EU (NGEU): Keimzelle gemeinsamer Finanzpolitik?

Nun läuft mit Next Generation EU (NGEU) das umfangreichste Hilfsprogramm in der Geschichte der europäischen Integration an. Neben der akuten Hilfe zur Pandemiebewältigung werden auch Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Mittel für die Verwirklichung der Säule der sozialen Rechte bereitgestellt. Neu ist an diesem Programm nicht nur der Umfang von 750 Milliarden Euro, sondern auch die Finanzierung – wofür die EU-Kommission zum ersten Mal selbst Kredite aufnimmt –, die konkreten konjunktur- und wachstumspolitischen Zielsetzungen und die Pflicht zur Vorlage nationaler Aufbau- und Resilienzpläne als Vorbedingung der Mittelvergabe. Neben dem mehrjährigen Finanzrahmen,

der für die Jahre 2021 bis 2027 in Höhe von 1.070 Milliarden Euro verabschiedet wurde, treten damit erhebliche Verstärkungsmittel. NGEU hat das Ziel, ein grüneres, digitaleres und krisenfesteres Europa zu schaffen. Insbesondere Forschung, Klima- und Digitaltransformation sowie Zivil- und Gesundheitsschutz sollen gestärkt werden. Nachdem schon 2018 die traditionellen distributiven Politiken der EU, Agrar- und Regionalpolitik zur Förderperiode 2021 bis 2027 auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit ausgerichtet worden waren, werden diese nun zusätzlich finanziell verstärkt und um Forschungsambitionen erweitert. Der EU-Haushalt beträgt jährlich 160 Milliarden Euro, mit NGEU kommen 125 Milliarden Euro jährlich bis 2026 hinzu. Insgesamt betragen die Ausgaben der EU somit jährlich 285 Milliarden Euro. Verglichen mit den nationalen Etats (BRD Regelhaushalt 2020: 360 Milliarden Euro) ein relativ geringer Betrag, im Verhältnis der EU-Finzen bedeutet NGEU aber eine Aufstockung um 78 Prozent. Zusätzliche Finanzen bieten immer auch zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb ist davon auszugehen, dass mit NGEU tatsächlich die politischen Ziele für Modernisierung, Forschung und Klimaschutz mehr Durchschlagskraft entwickeln. Zudem könnte die von den Mitgliedstaaten unabhängige Finanzierung über die Kapitalmärkte eine derzeit sicherlich noch begrenzte eigenständige Fiskalpolitik auf europäischer Ebene etablieren, die jenseits des Stabilitätspaktes nationale Budgetengpässe überbrücken kann. Damit wird zumindest im Ansatz der Geburtsfehler des Euro behoben und



Konferenz zur Zukunft Europas

## Konferenz zur Zukunft Europas

Die Zukunft liegt in Ihren Händen

#DieZukunftGehörtIhnen  
futureu.europa.eu

**Worum geht es?**

Die Konferenz zur Zukunft Europas gibt allen Europäerinnen und Europäern die Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen und mitzuteilen, was sie von der Europäischen Union erwarten.

**Veranstaltungen der Konferenz** finden in der gesamten EU statt, um sicherzustellen, dass alle die Chance haben, gehört zu werden.

**Die mehrsprachige Plattform** ermöglicht es allen, Ideen zu teilen und über die Vorschläge anderer zu debattieren.

**Was ist das Ziel?**

Den Menschen eine Stimme geben, damit sie Themen debattieren können, die ihnen wichtig sind.

Alte und neue interne und externe Herausforderungen angehen.



**Europäische Bürgerforen**  
Die Europäischen Bürgerforen legen Empfehlungen für Veränderungen vor

**Plenarversammlung der Konferenz**  
In den Sitzungen der Plenarversammlung werden die Ideen der Bürger und Bürgerinnen erörtert und weiterentwickelt.

**Exekutivsausschuss**  
Der Exekutivsausschuss setzt sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sowie aus Beobachterinnen und Beobachtern zusammen. Er wird in Zusammenarbeit mit dem Plenum der Konferenz einen Abschlussbericht verfassen.

Der Bericht wird dem **Parlament**, dem **Rat** und der **Kommission** zur Weiterverfolgung vorgelegt.

Quelle: <https://futureu.europa.eu/?locale=de>

Grafik: Arbeitskammer



In der Europäischen Union ist die Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2021 feierlich eröffnet worden.

die Möglichkeit europäischer Budgetkompensationen für in Schieflage geratene nationale Haushalte geschaffen. Die Krise der EU ist fundamental: mangelnde Problemlösungsfähigkeit, Bürgerferne und Demokratiedefizite, offene mitgliedstaatliche Zweifel an der Rechtskonstruktion und vieles mehr. Es geht um die Legitimität der EU gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Bei der Reform der EU wird die Behebung der Mängel von Binnenmarkt und Währungsunion zentral sein. Deren soziale Unterfütterung und der Ausgleich zwischen Arm und Reich wird über die Glaubwürdigkeit und Überlebensfähigkeit des Projektes europäische Integration entscheiden.

### Perspektiven für die Zukunft

Im ersten Schritt sollte die nationale Koordination im Bereich Arbeitsrecht verstärkt werden. Dies ist eine schnelle Lösung, die keinen Einstieg in einen langwierigen und konfliktreichen Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene verlangt. Den nationalen Behörden stehen dabei auch die Ressourcen der Europäischen Arbeitsbehörde zur Verfügung. Diese soll Informationen zur grenzüberschreitenden Mobilität sammeln, nationale Behörden bei der Bekämpfung von Missbrauch unterstützen und gemeinsame Kontrollen durchführen. Um eine wirksame Koordinierung mit Hilfe der europäischen Arbeitsbehörde auf die Beine zu stellen, könnte deren Budget über die jährlich 50 Millionen Euro hinaus aufgestockt werden, um Lücken und Missbrauch im Bereich Scheinselbständigkeit und zur Durchsetzung der neuen Entsende-Richtlinie aufzudecken.

Im zweiten Schritt sollten die Stimuli aus NGEU genutzt werden, um in den Mitgliedstaaten resiliente Sozialsysteme auf- und auszubauen, die sich an der Europäischen Säule sozialer Rechte und den *best practices* innerhalb der EU orientieren. Hierzu gehört auch die Reform des Europäischen Semesters und die Hinzuziehung und Erweiterung der Indikatoren des Social Score-

board um solche zur Tarifbindung. Auch geht es um die sozial verträgliche Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen (bei steigenden Energie- und Mobilitätskosten).

Mit dem wirtschaftspolitischen Stimulus von NGEU als Modernisierungsinstrument können Investitionen in die Zukunft, die Hebung der sozialen Standards und der fiskalische Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten bewältigt werden. Eine verstetigte Solidarität mit sozialer Abfederung ist in der Lage, den Zusammenhalt der Gemeinschaft dauerhaft zu sichern.

*Dr. Patricia Bauer ist Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik*

### ANMERKUNGEN |

- 1) Süddeutsche Zeitung: EU-Parlament: Streit um Rede von Polens Ministerpräsident Morawiecki, in: Süddeutsche Zeitung (19.10.2021). Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-eu-rechtsstaatlichkeit-justizreform-morawiecki-manfred-weber-1.5443309>.
- 2) Siehe: Stone Sweet, Alec und Sandholtz, Wayne: European integration and supranational governance, in: Journal of European Public Policy 4 (3) (1997), S. 297-317. Online: <https://doi.org/10/d5j329>.
- 3) Ausführlich dazu: Ondarza, Nicolai von; Ålander, Minna, und Stiftung Wissenschaft und Politik: Die Konferenz zur Zukunft Europas: Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für einen Reformimpuls, der über Krisenmanagement hinausreicht, in: SWP-Aktuell (2021). Online: <https://doi.org/10/gj2x4g>.
- 4) Europäisches Parlament; Rat der Europäischen Union, und Europäische Kommission: Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft

- Europas. Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie - Aufbau eines resilienten Europas, Brussels 2021, S. 1. Online: [https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/de-\\_gemeinsame\\_erklarung\\_zur\\_konferenz\\_uber\\_die\\_zukunft\\_europas.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/de-_gemeinsame_erklarung_zur_konferenz_uber_die_zukunft_europas.pdf), Stand: 14.05.2021.
- 5) Ebd., S. 2-3.
- 6) Grundsätzlich dazu: Scharpf, Fritz: Balancing positive and negative integration: the regulatory options for Europe, MPIfG Working Paper 97/8, 1997. Online: [https://pure.mpg.de/rest/items/item\\_1235610/component/file\\_2366402/content](https://pure.mpg.de/rest/items/item_1235610/component/file_2366402/content).
- 7) Leuchters, Maxi: Warum brauchen wir europäische Mindeststandards für Information, Konsultation und Partizipation?, Mitbestimmung der Zukunft. Mitbestimmungsreport 58, 2020, S. 18-20. Online: [https://www.imu-boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F21789.182.78%3A451%2Fabfrage\\_digi.fau%2Fp\\_mbf\\_report\\_2020\\_58.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab\\_dm%3D1%26ab\\_zeig%3D8896%26ab\\_diginr%3D8483](https://www.imu-boeckler.de/download-proxy-for-faust/download-pdf?url=http%3A%2F%2F21789.182.78%3A451%2Fabfrage_digi.fau%2Fp_mbf_report_2020_58.pdf%3Fprj%3Dhbs-abfrage%26ab_dm%3D1%26ab_zeig%3D8896%26ab_diginr%3D8483).
- 8) Lemke, Svenja: Europäische Fiskalpolitik: EUUnvollständig, Friedrich-Ebert-Stiftung, o.J., <https://www.fes.de/forum-berlin/artikelseite-forum-berlin/default-49ce966bc5>.
- 9) Europäische Kommission: Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte, Brüssel 2021.
- 10) Ebd.
- 11) Siehe dazu die Annexes des Aktionsplans: Ebd.
- 12) Europäische Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, COM(2020) 682 final, Brüssel 2020. Online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0682&from=EN>.
- 13) Zur Analyse der Heterogenität der sozialen Systeme in Europa und dem Weg zu einer gemeinsamen Mindestlohnregelung siehe: Schulten, Thorsten und Müller, Torsten: What's in a name? From minimum wages to living wages in Europe, in: transfer 25 (3) (2019), S. 267-284. Online: <https://doi.org/10/ggn2gb>.
- 14) Bauer, Patricia: Investitionen in Transformation statt Schuldenbremse: Finanzpolitischer Pfadwechsel für eine innovative Wirtschaftspolitik, AK-Texte, Saarbrücken 2021, S. 20-21. Online: <https://www.arbeitskammer.de/publikationen/veroeffentlichungen-der-arbeitskammer-aus-der-reihe-ak-aktuell-ak-analyse-ak-beitrag-ak-kreisreports-ak-hintergrund-ak-texte-ak-schriftenreihe/ak-texte-sammelordner/ak-texte-investitionen-in-transformation-statt-schuldenbremse/>, Stand: 25.10.2021.
- 15) Engler, Philipp und Klein, Mathias: Austeritätspolitik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft, in: DIW Wochenbericht (8) (2017), S. 127-132.

### IMPRESSUM |

**Verleger:** Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; **Kontakt:** Telefon (0681) 4005-430, E-Mail: [redaktion@arbeitskammer.de](mailto:redaktion@arbeitskammer.de); **Herausgeber:** Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); **Redaktion:** Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Wulf Wein **Hinweis:** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.